

Antrag auf Erteilung einer einfachen Melderegisterauskunft

Bitte beachten Sie die Hinweise und Erläuterungen auf der Rückseite

Antragsteller oder Antragstellerin

Familienname: _____
Vorname(n): _____
Straße, Haus-Nr.: _____
PLZ, Ort: _____
Aktenkennzeichen / Geschäftszeichen: _____

Ich beantrage eine einfache Auskunft aus dem Melderegister über folgende Person:

Familienname, ggf. Geburtsname: _____
Vorname(n): _____
Geburtsdatum: _____
Geschlecht: männlich weiblich divers
Letzte bekannte Berliner Anschrift: _____

Verwendungszweck – bitte Zutreffendes ankreuzen!

Werden die Daten für gewerbliche Zwecke benötigt?

- nein ja, für
- Adressabgleich
 - Adressübermittlung Person/en oder Stelle/n:
und Weitergabe an _____
 - Speicherung und Nutzung zum Abgleich für Dritte
 - Aktualisierung eigener Bestandsdaten
 - Forderungsmanagement
 - Bonitätsrisikoprüfung
 - Markt-, Meinungs- oder Sozialforschung
 - _____

Erklärung gemäß § 44 Abs. 3 Nr. 2 und Abs. 5 Bundesmeldegesetz

Hiermit erkläre ich, dass die Daten der von mir beantragten Melderegisterauskunft nicht zum Zwecke der Werbung oder des Adresshandels verwendet werden.

Sonstiges (bitte Zutreffendes ankreuzen und ergänzen!)

Archivauskunft, weil _____

Die Verwaltungsgebühr in Höhe von 10,00 € / 30,00 € wurde am _____ auf das Konto des LABO / des Bezirksamtes _____ überwiesen.

Die Datenschutzhinweise gemäß EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) habe ich erhalten.

Bitte senden Sie Ihren Antrag an die Meldebehörde, auf deren Konto Sie die Verwaltungsgebühr überwiesen haben. Bitte fügen Sie, wenn möglich, eine Kopie des Zahlungsbeleges bei.

Hier können Sie freiwillig Ihre Kontoverbindung angeben, die für den Fall einer Zahlungsrückabwicklung benötigt wird: _____

Datum

Unterschrift

Hinweise und Erläuterungen zur Melderegisterauskunft

Stand 11.2019

Nach § 44 Bundesmeldegesetz (BMG) darf die Meldebehörde eine einfache Melderegisterauskunft über einzeln bestimmte Personen erteilen. Von dem oder der Auskunftssuchenden ist anzugeben, ob die Auskunft für gewerbliche Zwecke oder nicht benötigt wird. Die Zwecke sind gegebenenfalls anzugeben. Es ist von dem oder der Antragstellenden zu erklären, dass die Auskunft nicht für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels verwendet werden.

Die einfache Melderegisterauskunft beinhaltet den Familiennamen, den/die Vornamen, einen eventuell vorhandenen Doktorgrad, derzeitige Anschriften sowie, sofern die Person verstorben ist, auch diese Tatsache.

Der Empfänger oder die Empfängerin einer Melderegisterauskunft ist grundsätzlich nach Artikel 14 der Verordnung (EU) 2016/679 verpflichtet, die betroffene - also die abgefragte - Person über den Erhalt einer Melderegisterauskunft zu informieren. Gemäß § 44 Abs. 5 BMG besteht die Pflicht zur Information der betroffenen Person gemäß Artikel 14 Absatz 1, 2 und 4 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutzgrundverordnung - DSGVO) durch den Empfänger oder die Empfängerin der Melderegisterauskunft ergänzend zu den in Artikel 14 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2016/679 genannten Ausnahmen nicht, wenn durch ihre Erfüllung ein rechtliches Interesse, insbesondere die Geltendmachung von Rechtsansprüchen, beeinträchtigt würde, sofern nicht das berechnete Interesse der betroffenen Person an der Erfüllung der Informationspflicht überwiegt.

Antragstellung und Verwaltungsgebühren

Sie können Ihre Anfrage grundsätzlich an jedes Bezirksamt, Bürgerdienste, oder an das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten, übersenden.

Um die gesuchte Person eindeutig zu identifizieren, sind möglichst genaue Angaben zu machen.

Die Verwaltungsgebühr beträgt 10,00 EUR je Person für eine einfache und 15,00 EUR je

Person für eine erweiterte Melderegisterauskunft aus dem aktuellen oder archivierten Datenbestand und ist auf das Konto der Meldebehörde zu überweisen, an die Sie Ihre Anfrage richten.

Ist für die Auskunft ein Zugriff auf das digitalisierte/mikroverfilmte Karteiarchiv (Einwohnerinnen und Einwohner vor 1985 aus Berlin verzogen oder verstorben) erforderlich, erhöht sich die Gebühr je Person auf 30 EUR.

In diesen Fällen ist die Verwaltungsgebühr auf das Konto des LABO zu überweisen und die Anfrage ausschließlich an das LABO zu richten.

Rechtsgrundlagen:

BMG Bundesmeldegesetz vom 03.05.2013 (BGBl. I S. 1084), in der jeweils gültigen Fassung

VGebO Verwaltungsgebührenordnung von Berlin vom 24.11.2009, letzte berücksichtigte Änderung: Anlage geändert durch Verordnung vom 10.10.2017 (GVBl. S. 549)

Bei Anfragen an die Berliner Bezirke verwenden Sie bitte ausschließlich eine der nachstehenden Bankverbindungen und geben dabei Ihren Namen sowie den Verwendungszweck an!

Bankverbindungen der Bezirksämter

Bitte geben Sie immer Ihren Namen und den Verwendungszweck an.

Empfänger: Bezirkskasse	Berliner Sparkasse	DB Privat- und Firmenkundenbank	Postbank Berlin
	BIC: BELADEBEXX	BIC: DEUTDEDB110	BIC: PBNKDEFF
	IBAN	IBAN	IBAN
Charlottenburg-Wilmersdorf	DE19 1005 0000 0710 0116 79		DE89 1001 0010 0004 8861 01
Friedrichshain-Kreuzberg	DE 57 1005 0000 0610 0036 07		DE33 1001 0010 0003 4161 04
Lichtenberg	DE20 1005 0000 1783 9229 11	DE29 1007 0848 0513 1420 00	DE07 1001 0010 0655 5981 09
Marzahn-Hellersdorf	DE03 1005 0000 2243 4019 35	DE44 1007 0848 0512 8905 00	DE19 1001 0010 0654 5921 00
Mitte	DE75 1005 0000 0063 6080 06		DE42 1001 0010 0650 5301 02
Neukölln	DE10 1005 0000 1410 0038 05		DE06 1001 0010 0003 3321 03
Pankow	DE06 1005 0000 4163 6100 01	DE24 1007 0848 0513 1644 00	DE20 1001 0010 0246 1761 04
Reinickendorf	DE56 1005 0000 2050 0050 00		
Spandau	DE14 1005 0000 0810 0046 07		DE91 1001 0010 0005 5801 00
Steglitz-Zehlendorf	DE36 1005 0000 1210 0034 02		
Tempelhof-Schöneberg	DE54 1005 0000 1130 0030 07	DE30 1007 0848 0510 5127 00	DE15 1001 0010 0003 4041 09
Treptow-Köpenick	DE55 1005 0000 1613 0132 28		

Bei Anfragen an das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) verwenden Sie bitte ausschließlich nachstehende Bankverbindung und Verwendungszweck!

Bankverbindung des Landesamtes für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO)

-nur für Auskünfte aus dem Melderegister (MRA)- (keine Meldebescheinigungen)

Empfänger:

Landeshauptkasse Berlin Postbank Berlin

IBAN: DE06 1001 0010 0000 6321 08

BIC: PBNKDEFFXXX

Bitte geben Sie bei Überweisungen an das LABO immer folgenden Verwendungszweck an:

Kassenzeichen 2030001275087, Nachname und Vorname (der zu beauskunftenden Person), MRA

Anlage 1

Datenschutzhinweise gemäß EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Einfache Melderegisterauskunft gemäß § 44 Abs. 1 Bundesmeldegesetz

Erweiterte Melderegisterauskunft gemäß § 45 Abs. 1 Bundesmeldegesetz

Die für die von Ihnen beantragte Melderegisterauskunft zuständige Behörde führt zur Bearbeitung Ihres Antrags sowie im Rahmen der gesetzlich übertragenen Aufgaben die Verarbeitung personenbezogener Daten durch.

Den Namen der verantwortlichen Stelle sowie die Kontaktdaten des jeweiligen behördlichen Datenschutzbeauftragten entnehmen Sie bitte der Anlage 2.

Verantwortliche Stelle ist die Behörde, bei welcher Sie Ihren Antrag auf Melderegisterauskunft stellen.

Die nachstehenden Hinweise dienen Ihrer Information darüber, welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten, wofür diese benötigt werden und wie sie bei uns verarbeitet werden. Das bedeutet, dass wir Ihre Daten erheben und dann z.B. speichern, nutzen, übermitteln oder löschen, sofern dies erforderlich ist. Ferner informieren wir Sie über Ihre mit der Verarbeitung personenbezogener Daten einhergehenden Rechte.

Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Es werden Ihr Name, Vorname sowie Ihre Anschrift verarbeitet. Die Datenverarbeitung dient der Bearbeitung des Antrags auf Erteilung einer einfachen Melderegisterauskunft gemäß § 44 Abs. 1 Bundesmeldegesetz (BMG) bzw. der erweiterten Melderegisterauskunft gemäß § 45 Abs. 1 BMG sowie der Nachvollziehbarkeit, wer eine Melderegisterauskunft beantragt und erhalten hat.

Die Angabe der Kontodaten erfolgt auf Basis der Einwilligung, ist für die Antragsbearbeitung nicht zwingend erforderlich und dient dem Zweck, ggf. erforderliche Zahlungsrückabwicklungen schnellstmöglich umzusetzen.

Empfängerin beziehungsweise Empfänger oder Kategorie von Empfängerin beziehungsweise Empfänger

Wird eine Melderegisterauskunft erteilt, so kann die beauskunftete Person gemäß Art. 15 Abs. 1 lit. c beantragen, über die Empfänger oder Empfängerinnen ihrer Daten informiert zu werden, sofern sie von ihrem Auskunftsrecht Gebrauch macht. Der Auskunftsumfang ist dann zu prüfen.

Drittstaatentransfer

Eine Übermittlung personenbezogener Daten an Behörden oder sonstige öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereichs der Datenschutzgrundverordnung ist nicht geplant.

Speicherdauer bzw. Kategorie der Festlegung der Speicherdauer

Die Daten werden analog § 40 Abs. 4 BMG spätestens nach 24 Monaten gelöscht.

Ihre Rechte als betroffene Person

Auskunftsrecht, Art. 15 DSGVO

Sie können bei uns Auskunft darüber verlangen, welche personenbezogenen Daten wir über Sie zu welchen Zwecken verarbeiten und wem diese bereits offengelegt oder an wen diese weitergegeben wurden bzw. an wen wir diese noch weitergeben wollen. Auch über die geplante Speicherdauer der Daten können Sie Auskunft verlangen.

Recht auf Berichtigung, Art. 16 DSGVO

Sie können bei uns die Berichtigung fehlerhafter Angaben zu Ihrer Person verlangen.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

- (1) wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden personenbezogenen für eine Dauer bestreiten, die es dem oder der Verantwortlichen der Datenverarbeitung ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
- (2) die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
- (3) die oder der Verantwortliche der Datenverarbeitung die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
- (4) wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des oder der Verantwortlichen der Datenverarbeitung gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten - von ihrer Speicherung abgesehen - nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Wurde die Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von dem oder der Verantwortlichen der Datenverarbeitung unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

Recht auf Löschung, Art. 17 DSGVO

Sie können die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, z.B. wenn Sie Ihre Einwilligung widerrufen/die Daten bei uns für den oben angegebenen Zweck nicht mehr benötigt werden und es auch keine gesetzliche Grundlage mehr für die längere Speicherung bei uns gibt.

Besteht ein Anspruch auf Löschung, so sind weitere Verantwortliche im Rahmen der technischen Möglichkeiten darüber zu informieren, dass Sie als betroffene Person von ihnen die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt haben.

Recht auf Unterrichtung

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem oder der Verantwortlichen der Datenverarbeitung geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfängern und Empfängerinnen, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

Ihnen steht gegenüber dem oder der Verantwortlichen der Datenverarbeitung das Recht zu, über diese Empfänger oder Empfängerinnen unterrichtet zu werden.

Widerspruchsrecht, Art. 21 DSGVO

Unter bestimmten Umständen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten bei uns verlangen; die Daten werden zwar nicht gelöscht, aber nicht weiter genutzt.

Der oder die Verantwortliche der Datenverarbeitung verarbeitet die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er oder sie kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten verarbeitet, um Direktwerbung

zu betreiben, haben Sie das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen; dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht. Widersprechen Sie der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeitet.

Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung, Art. 7 Abs. 3 DSGVO

Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, Art. 77 DSGVO

Wenn Sie nicht zufrieden mit der Datenverarbeitung bei uns sind, können Sie auch bei der zuständigen Aufsichtsbehörde (Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Friedrichstr. 219, 10969 Berlin, mailbox@datenschutz-berlin.de) Beschwerde einreichen.

Anlage 2

Namen und Kontaktdaten der
Verantwortlichen Stelle

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landesamt für Bürger- und
Ordnungsangelegenheiten
Friedrichstraße 219
10969 Berlin

E-Mail: Datenschutz@Labo.berlin.de

Bezirksamt Charlottenburg-
Wilmersdorf von Berlin
Anschrift: 10617 Berlin

E-Mail: datenschutz@charlottenburg-wilmersdorf.de

Bezirksamt Friedrichshain-
Kreuzberg von Berlin
Anschrift: Frankfurter Allee 35/37
10247 Berlin

E-Mail: Holger.David@ba-fk.berlin.de

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin
Anschrift: Möllendorffstraße 6
10367 Berlin

E-Mail: Hans-Peter.Klepp@lichtenberg.berlin.de

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf
von Berlin
Anschrift: Alice-Salomon-Platz 3
12627 Berlin

E-Mail: datenschutz@ba-mh.berlin.de

Bezirksamt Mitte von Berlin
Anschrift: 13341 Berlin

E-Mail: datenschutz@ba-mitte.berlin.de

Bezirksamt Neukölln von Berlin,
vertreten durch den Bezirks-
bürgermeister
Anschrift: Karl-Marx-Straße 83
12040 Berlin

E-Mail: Datenschutz@bezirksamt-neukoelln.de

Bezirksamt Pankow von Berlin
Anschrift: Breite Str. 24a-26
13187 Berlin

E-Mail: datenschutz@ba-pankow.berlin.de

Bezirksamt Reinickendorf
von Berlin
Anschrift: Eichborndamm 215
13437 Berlin

E-Mail: datenschutz@reinickendorf.berlin.de

Bezirksamt Spandau
Anschrift: Carl-Schurz-Str. 2/6
13597 Berlin

E-Mail: datenschutz@ba-spandau.berlin.de

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf
von Berlin
Anschrift: Kirchstr. 1/3
14163 Berlin

E-Mail: datenschutz@ba-sz.berlin.de

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Anschrift: John-F.-Kennedy-Platz
10825 Berlin

E-Mail: post.datenschutz@ba-ts.berlin.de

Bezirksamt Treptow-Köpenick
von Berlin
Anschrift: Alt-Köpenick 21
12555 Berlin

E-Mail: behdsb@ba-tk.berlin.de